

Bezugspreis:
Wöchentlich 20 Pf., monatlich 1.00 Pf.,
für ein Haus, wozu ein halbes Jahr
bezug monatlich 10 Pf., erst Be-
zugsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 Pf.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21.50 Pf. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Straßenzen in
die Postzustands-Verhältnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal: Sonntags und Mont-
tags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die alljährliche Konvaleszenz-
losteilung. — W. Konvaleszenzlosteilung 50 Pf.,
„Aktion Anzeigen“, das ver-
gütete Wort 1 Pf. (zweiwöchentlich
zweiwöchentliches Wort), jedes weitere
Wort 60 Pf. (zweiwöchentliches Wort
und Schlafstellenanzeigen das erste Wort
60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.).
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Konvaleszenzlosteilung 50 Pf.,
Familien-Anzeigen für Konvaleszenz
Seite 2. — W. politische und ge-
werkschaftliche Vertriebs-Anzeigen
2. — W. für alle ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 4, Linden-
straße 2, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 19. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 117 52-54.

Englands Riesenstreik.

Amsterdam, 19. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London: Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der alternativen Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig. Berichte von verschiedenen Seiten zeigen, daß sich die Bergarbeiter auf lange Zeiten vorbereiten. Sie organisieren Feste- und Hungerstreiks sowie andere öffentliche Veranstaltungen. In der Börse stehen die Geschäfte still. Die Haltung der Regierung bleibt fest. Heizungs- und Beleuchtungsmaterial sind rationiert. Im Falle einer längeren Streikdauer scheint es wahrscheinlich, daß die Eisenbahnen sich dem Rufe der Arbeiter anschließen werden. Die Wirkung des Bergarbeiterstreiks auf andere Industrien macht sich bereits geltend, und wenn der Streik andauert, so werden in ganz England große Fabrikbetriebe geschlossen werden müssen. Es liegen bisher keinerlei bestimmte Anzeichen in der Richtung einer Einigung vor. Die Regierungsmaßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelförderung umfassen auch eine Verfügung, die die Erhöhung der gegenwärtigen Preise untersagt. Die Zuckerration wird auf 8 Unzen pro Woche herabgesetzt. Das Handelsministerium hat Notvorschriften bezüglich der Einschränkung der Belieferung mit Steinkohle, Gas und Elektrizität für Häuser und Fabriken erlassen. Ein allgemeines Ausfuhrverbot für Steinkohle ist bereits vor kurzem ergangen. Für Passagier- und Maildienste sind Sonderbestimmungen über die Kohlenbelieferung erlassen worden. Für die Küstenschifffahrt sind die Einschränkungsbestimmungen erleichtert worden.

London, 19. Oktober. Havelock Wilson erklärte gestern, daß wegen des Kohlenstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien. In Cleveland haben einige tausend Arbeiter der Eisenerzgruben die Arbeit gleichzeitig mit den Arbeitern der Kohlengruben niedergelagt. In sieben von den acht großen Versammlungen der Eisenbahner in Südwales erklärte man sich energisch für einen sofortigen Sympathiestreik, ebenso die Eisenbahner von Liverpool.

Lloyd George bombardiert.

Zu der von uns bereits berichteten Arbeitslosen demonstration in London meldet T. U. folgende Einzelheiten: Bei Gelegenheit der Arbeitslosendemonstrationen kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. 20000 Personen zogen vor das Rathaus, woraus sich sieben Bürgermeister von Groß-London zu Lloyd George begaben, um in der Arbeitslosenfrage vorstellig zu werden. Lloyd George versprach, bei der Parlamentseröffnung am Dienstag eine Erklärung darüber abzugeben. Inzwischen wurde die Menge, die den Bürgermeistern nach

Downing Street gefolgt war, immer unruhiger und bedrohlicher vor dem Ministerium diensttunenden Polizisten. Polizeiliche Verstärkungen sperrten Downing Street ab, während die Menge immer wieder durchzubrechen suchte. Schließlich erschienen Berittene. In diesem Augenblick warf einer der Rädelführer aus der Menge sein Messer durch ein Fenster des Ministeriums. Auf dieses Signal begann ein Bombardement mit Steinen und allen möglichen Wurfgeschossen. Zahllose Fenster wurden eingeschlagen.

Die Menge zog darauf nach Downing Street ab gegen Trafalgar Square, wo sie, mit roten Fahnen winkend, den dortigen Polizeikommando zu durchbrechen suchte. Vor dem Nelson-Denkmal wurden sie von Konstablern mit schweren Knütteln abgedrängt. Inzwischen war es auch in White Hall zwischen Polizei und Demonstranten zu Zusammenstößen gekommen.

Auch im Kriegsministerium wurden viele Fenster eingeschlagen. Im Strand-Hotel wurden zwei Juwelierläden eingeschlagen und Ausarbeiten im Werte von einigen tausend Pfund gestohlen. Die Polizei übernahm darauf scheinlich den Schutz der anderen Läden der Gegend.

Etwa 50 Personen wurden bei den Zusammenstößen verwundet. 10 mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Eine Anzahl von Verhaftungen sind erfolgt.

Sozialistenopposition in Oesterreich!

Wien, 19. Oktober. In dem Wahlergebnis schreibt die „Arbeiterzeitung“, die kommunistische Taktik, die den Arbeitern in dem Wahlkampf in den Rücken gefallen sei, habe nicht wenig zum Erfolge der Christlichsozialen beigetragen. Sie kennzeichnet sich als ein wahrer Verrat an den Interessen des Proletariats. Das Blatt erklärt ferner, daß die Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen keine Gemeinschaft unterhalten würden. Diese würden jetzt allein zu registrieren und die Verantwortung zu tragen haben.

Wien, 19. Oktober. In dem Landtag wurden 30 Christlichsoziale, 20 Sozialdemokraten, 3 Großbäuerliche und 6 Bauernbündler gewählt. 4 Mandate für den Landtag werden im zweiten Ermittlungsdurchgange bestritten.

Wien, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Die Christlichsozialen geben sich bereits alle Mühe, um die Sozialdemokraten zum Verbleiben in der Regierung zu bewegen. Die „Reichspost“ schrieb gestern, daß die Sozialdemokraten als zweifelhafte Fraktion sich dieser Aufgabe nicht würden entziehen können, und heute sagt sie in vollem Gegensatz zu der Wahlpropaganda ihrer Partei, man könne doch nicht die Sozialdemokraten für das Elend verantwortlich machen; jedermann wisse doch, wie schwer die Ernährungs- und Finanzlage sei.

Der Aufruf der Neukommunisten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht den Aufruf der Neukommunisten unter der linken U. S. P., wie sie sie selber nennt. Der Aufruf betont, daß die Partei in die kommunistische Kampffront eintritt. Sonst richtet er sich fast ausschließlich gegen die Rechten und deren Anspruch, die rechtmäßige Nachfolge der alten Partei zu sein. Es ist sehr interessant, daß die Neukommunisten, die doch sonst von Demokratie und Mehrheitswillen nichts wissen wollen, sich an vier Stellen des Aufrufs darauf berufen, daß sie in Halle die Mehrheit, die Rechten aber die Minderheit gewesen seien. Selbst die Grundzüge der „Demokratie in der Arbeiterbewegung“, die doch von Moskau leibenschaftlich bekämpft wird, müssen jetzt für die Linke zur Erweiterung ihres angeblichen Rechtes herhalten. Besonders schön macht sich aber in diesem Zusammenhang folgende Stelle:

Das selbe Verbrechen, das in der Zeit des Krieges von den Rechtssozialisten, von den Ebert und Genossen am Proletariat begangen wurde, wird heute von Hilferding, Dittmann und Crispian wiederholt.

Nach unserer bekümmerten Erinnerung waren die „Ebert und Genossen“ bei der ersten Parteilspaltung nicht nur, wie die Neukommunisten, eine bescheidene, sondern die überwältigende Mehrheit in der alten Partei. Wenn es ein Verbrechen ist, als ausgeprobenes Minderheitspartei zu spalten und zu zerschneiden, so lag das Verbrechen damals also nicht bei „Ebert und Genossen“, sondern bei der damaligen unabhängigen Minderheit, zu der auch die jetzigen Neukommunisten zählten. Gerade indem diese fortwährend in ihrem Aufruf darauf herumreiten, daß sie in Halle die Mehrheit gewesen seien, der sich die Minderheit hätte fügen müssen, enthüllen sie ihr eigenes Verbrechen der Spaltung aus der Zeit des Krieges.

Der Aufruf empfiehlt auch den neukommunistischen Mitgliedern: „Kauft Euch nicht aus Erbitterung über die Provo-

lation der Rechten zu Disziplinlosigkeiten und Unbesonnenheiten hinreichend.“ Wie das gemeint ist, zeigt folgende Notiz in der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ über die Vorgänge am Schiffbauerdamm:

Die „Freiheit“ bringt eine Meldung über einen Einbruch im Bureau des Zentralkomitees der U. S. P. D. am Schiffbauerdamm. Wie uns mitgeteilt wird, handelt es sich hier um keinen Einbruch, sondern um ganz etwas anderes. Der vom Parteitag in Halle nach dem Abzug der Hildesheimer reichsmäßig gewählte Parteivorstand wollte sein Bureau aufsuchen, fand aber, daß die Schlösser bereits wahrscheinlich auf Veranlassung Crispian und der anderen geändert worden waren. Der Portier des Hauses alarmierte die Polizei.

Jetzt wird das Haus am Schiffbauerdamm von der Elbe bewacht, damit Crispian und die anderen ihr „Selbstbestimmungsrecht“ ausüben können.

Daß ein „rechtmäßiger“ Parteivorstand sein Bureau aufsucht, indem er zu nächstlicher Stunde eine Anzahl Individuen ein verschlossenes Gittertor überflutet, läßt, dürfte immerhin zu den Seltenheiten gehören. Jedenfalls wird durch diese Mitteilung der „Roten Fahne“ bestätigt, daß der verübte Einbruch mit Wissen und Billigung der neukommunistischen Leitung stattgefunden hat. Hilferding und Genossen werden aber wohl jetzt über Inanspruchnahme polizeilichen Schutzes zur Wahrung des Parteieigentums gegen radikale Gewaltakte milder denken, als vor dreiviertel Jahren!

Ein neuer Scheidemann-Prozess.

Vor der Kaiserlichen Strafammer hatte sich der Buchhändler Kay wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters Scheidemann zu verantworten. Kay hatte im Schaufenster die Broschüre „Der Mattenkönig“ ausgestellt, die verschiedene Verleumdungen gegen Scheidemann und seine Familie enthält. Kay gab die Erklärung ab, daß er nicht die Broschüre gelesen und von ihrem Inhalt nichts gewußt habe und erklärte sich bereit, die Kosten des Verfahrens zu übernehmen. Daraufhin zog der Genosse Scheidemann seinen Strafanzug zurück.

Reggio Emilia.

Der italienische Sozialismus am Scheideweg.

O. L. Rom, Mitte Oktober.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben wesentlich dazu beigetragen, den Widerstreit der Richtungen klar hervortreten zu lassen. Seit dem Parteitag von Bologna liegen Parteivorstand und „Avanti“ in Händen der Volkswesten, die mit der Plattform der dicht bevorstehenden Revolution in den Wahlkampf getreten sind. Ein Jahr ist seitdem herumgegangen, aber die Revolution steht noch immer „dicht bevor“, und leider stehen auch andere Dinge dicht bevor, vor allem eine Krise der Volksernährung, die einer Katastrophe sehr ähnlich sieht. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß in Italien, wie in allen andern Ländern, die Frage an die Partei herantritt, welche Pflichten ihr als der stärksten Partei des Landes aus der heutigen Sachlage, aus der dem ganzen Lande drohenden Katastrophe erwachsen.

Die Volkswesten geben darauf die eine heroische Antwort: wir müssen die Katastrophe beschleunigen, die Abwehrversuche der Bourgeoisie sabotieren, um so die Revolution und die Einführung der Räterepublik nach russischem Muster durchzuführen. Die nichtvolkswestlichen Richtungen innerhalb der einheitslichen Partei halten eine erfolgreiche soziale Revolution, die sich auf Italien allein beschränkt, für unmöglich, weil Italien in seiner Volksernährung auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen ist, und, wie Genosse Dugoni in Reggio Emilia sagte, drei englische Schiffe in Gibraltar und am Suezkanal genügen, um die italienische Räterepublik auszuhungern. Sie halten es deshalb für eine Pflicht der Partei, die Katastrophe noch abzuwehren, soweit sie sich abwehren läßt.

Diese grundverschiedene Bewertung der heutigen Lage innerhalb ein und derselben Partei hat Turati und die Führer der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die Genossen D'Aragnano und Baldesi bewogen, die nichtvolkswestlichen Elemente der Partei am 10. und 11. Oktober nach Reggio Emilia zu einer Aussprache zu berufen, zu der auch der Sekretär des Parteivorstandes, Genosse Genovese, eingeladen worden war. Den Arbeiten wohnten 35 Genossen bei, von denen 150 Parteisektionen vertreten, während die andern teils die Minderheit ihrer Sektion vertraten, teils lediglich als Einzelpersonen zugegen waren. Von den 155 Deputierten unserer Partei hatten sich nur 35 mit den Zwecken der Zusammenkunft einverstanden erklärt, unter ihnen, außer den Einberufenden, Turati, Treves, D'Aragnano, auch Morgari, Brampolini, Bocconi, Matteotti, Mazzoni und Dugoni. Es war nicht nur die ehemalige reformistische Fraktion vertreten, sondern auch solche Genossen taten mit, die immer auf dem linken Flügel der Partei gestanden haben.

Die Diskussion orientierte sich in erfreulicher Weise sehr schnell auf das wesentliche Problem. Die 21 Punkte von Moskau und die von Moskau gekommene Forderung, Turati, Brampolini und „andere Opportunisten“ aus der Partei auszuschließen, wurden nur nebenbei gestreift, da es für die Nicht-Maximalisten jeder Richtung von vornherein klar sein mußte, daß sie nicht die repräsentativen Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung in Italien preisgeben können. Das wesentliche Problem der Zusammenkunft war aber dieses: Was kann unsere Partei tun, um die dem Lande drohende Krise abzuwenden oder abzuschwächen?

Ueber die drohende Gefahr war man sich einig. Das Ausland hat Italien den Kredit aufgefressen, und das Land braucht allein, um seinen Getreidebedarf zu decken, eine Million Dollar am Tage, und ein Dollar kostete am 10. Oktober 30 Lire. Es ist nicht daran zu denken, diesen Bedürfnissen durch gesteigerte industrielle Produktion gerecht zu werden, denn die Produktion sinkt. Die Arbeiter wollen zum Teil nicht mehr arbeiten, die ausländischen Firmen haben nach dem Ausgang der Metallarbeiterbewegung ihre Bestellungen rückgängig gemacht, die Unternehmer bieten ihre Betriebe den Genossenschaften zur Uebernahme in eigene Regie an. Es ist sogar vorgekommen, daß einige Industrielle die von den Arbeitern geräumten Betriebe überhaupt nicht mehr zurückgenommen haben, alles sich selbst überlassend. Alle Elemente der Krise sind gegeben: riesenhaft, vielleicht unabwehrbar. Die Bourgeoisie weiß keinen Ausweg, sucht vielleicht keinen mehr, wartet zum Teil selbst auf die Revolution, wie auf eine Erlösung.

Angeichts dieser von allen ausgehenden Sachlage zeichnen sich auf dem Kongress zwei Auffassungen ab. Der Abg. Mazzoni, ein Sekretär des Zentralverbandes der italienischen Landarbeiter, stellte sich auf den Standpunkt, daß es keinen Ausweg gibt. Die Partei müsse versuchen, sie selbst zu sein, dem Rausch der Massen entgegenzutreten, aber sie sei außerstande, dem Kriegsneurose Meister zu werden. Von diesem absoluten Pessimismus ausgehend fanden sich auf der Zusammenkunft die verschiedenen Abstufungen, die über Turati und Treves hinweg bis zu dem tat- und woge-

herichten Optimismus D' Aragana's und Modigliani's führten.

Turatis Worte verrieten geringes Vertrauen in die Fähigkeit der Partei, sich selbst und das Land aus der Krise zu retten. Auch in Sachen der Parteieinheit war er skeptisch. Immerhin stellte er die Möglichkeit nicht in Abrede, daß die Sozialisten, wenn sie sich zur Übernahme der Macht entschließen, besser als die bürgerlichen Parteien imstande sein könnten, die Produktion wieder zu heben und so Kredit beim Ausland zu erlangen.

Auch Treves war skeptisch. Für ihn ist es nicht Aufgabe der vereinigten Fraktion, einen Ausweg zu suchen, der ohne die Mitwirkung der Maximalisten zum Erfolg bestimmt ist. Treves will die Übernahme der Regierung durch die sozialistische Partei nur, wenn dieses Uebel unvermeidlich sein sollte. Wir wollen nicht in der Partei bleiben als Sozialisten zweiter Ordnung, als Verräter, denen man die Schuld dafür gibt, daß in Italien noch nicht die Revolution verwirklicht ist. Wer aber die russische Diktatur nach Italien überpflanzen wolle, der vergesse, daß Italien die Phase des bürgerlichen Industrialismus durchlaufen hat; es hat eine demokratische Erziehung, es braucht nicht die Hilfe einer Diktatur. Für Rußland habe Italien mehr getan durch seinen Wahlzug im vorigen November, als es durch eine „abotrierte Revolution“ tun würde nach dem Muster der ungarischen.

Die wahre Bedeutung der Zusammenkunft von Reggio Emilia lag jedoch nicht in dem Konstatieren der dicht bevorstehenden wirtschaftlichen Katastrophe — die an demselben Tage in einer offiziellen Mitteilung des Verpflegungsamtes ebenso deutlich hervortrat —, sondern darin, daß ein Weg eingezeichnet wurde, hauptsächlich von den Gen. Modigliani und D'Argano, um dem Untergange zu entrinnen: die Übernahme der Regierung durch die Sozialisten.

Auf den ersten Blick scheint es Wahnsinn, als Sozialisten die Regierung übernehmen wollen, nicht um den Sozialismus zu verwirklichen, sondern um eine nationale Katastrophe abzuwenden. Es scheint Wahnsinn, sich die Kraft zur Übernahme zuzutrauen, während die Partei uneins und zerrissen ist. Es scheint Wahnsinn, als Minderheitspartei eine Rettung versuchen zu wollen, die die herrschende Klasse als hoffnungslos aufzugeben im Begriffe ist. Diesen Einwürfen ist zu erwidern, daß wir die wirtschaftlichen und sittlichen Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus in Italien nicht für gekommen halten, trotzdem aber die Übernahme der Regierung als Sozialisten erstreben, weil die Partei als sozialistische Partei die Macht haben kann, die Massen um sich zu scharen; wenn sie es nicht kann, so kann es keiner in Italien.

Von einem Widerstand der Bourgeoisie wird kaum die Rede sein. Die herrschende Klasse dankt Gott, wenn sich eine Partei findet, die sich in dieser Stunde an die Regierung wagt. Das wahre, wichtigste, tragische Problem ist vielmehr: wird die Partei die technische Fähigkeit, das moralische Prestige haben, die nötig sind, das Land zu retten. Wird sie sagen können, was das Proletariat von der herrschenden Klasse nicht hören will: Du mußt dein Brot teurer bezahlen, Du mußt hohe Steuern vom Wein entrichten, Du mußt schwerer arbeiten als bisher, mit größerer Gewissenhaftigkeit, wenn Du den Zusammenbruch verhindern willst, nicht den Zusammenbruch des Regimes allein, sondern den Untergang der elementaren Kulturbedingungen Deines Landes. Wenn die Partei nach Übernahme der Regierung von den Massen nicht die Opfer erzielen kann, die die Massen heute der Bourgeoisie verweigern, dann wirst sie durch Übernahme nur ihr eigenes Prestige in das brennende Feuer.

Modigliani hat mit großer Inbrunst, wenn auch nicht mit leichtfertigem Optimismus die Ansicht vertreten, daß es den Sozialisten möglich sein wird, von den Massen materielle Opfer zu fordern im Austausch gegen die politische Genugtuung, die Führung und Rettung des Landes unter der Fahne der eigenen Partei zu versuchen. Die Partei kann auch ein gewisses Minimum von Reformen sofort vollbringen,

zum Vorteil der Produktion und der Finanzen des Landes. So ließe sich die Verzinsung der öffentlichen Schuld auf die Hälfte sicher und blutig durchsetzen. Auch die Vergebung des Grund und Bodens in Kollektivbetrieb. Weiter eine tatsächliche Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Austausches mit den mitteleuropäischen Republiken. Die Gewißheit der Rückkehr zu normalen Produktionsverhältnissen würde auch vielleicht den auswärtigen Kredit beben. Modigliani ist der Ansicht, daß wir es wagen können, D'Argano, der italienische Legion, der vorläufige, verständige, beherrschte Generalsekretär der Konföderation der Arbeit, hält dafür, daß wir es wagen müssen.

Natürlich ist der Versuch nur möglich, wenn die Partei einig bleibt. Nicht jene Einheit, die man in Reggio dem Zustand von Stolz und Hund verglichen hat, die man in einem Saal sieht, aber eine Einheit, in der sich die Minderheit aus Liebe zur Partei unterordnet, im Bewußtsein eines gemeinsamen Nieses. Die Fraktion von Reggio muß natürlich von der Hoffnung ausgehen, auf dem für den Dezember einberufenen Parteitag von Florenz nicht in der Minderheit zu bleiben.

Katholische Ernährungspolitik.

Wie Hermes Minister wurde.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einige Schriftstücke aus der Vorgeschichte der Ministerkabinett Hermes'. Ende 1919 überreichten drei einflussreiche Zentrumabgeordnete dem damaligen Minister Erzberger eine Denkschrift, worin sie Hermes damals zunächst als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt empfahlen mit folgender Begründung:

Endlich muß aber auch Wert darauf gelegt werden, daß der neue Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Katholik und Zentrumsmann ist. Bereits seit langem wird es in katholischen Kreisen unangenehm empfunden, daß es der Zentrumspartei trotz ihres ausschlaggebenden Einflusses in der jetzigen Regierung noch nicht gelungen ist, Katholiken in einflussreichen Stellen der Ministerien unterzubringen. Dieser dürfte, abgesehen von den parlamentarisch besetzten Regierungsstellen, nach kein katholischer Unterstaatssekretär im Amt sein.

In diesem Ton geht es dann noch lange weiter. Den katholischen Kreisen müsse Gelegenheit gegeben sein, in Einzelfragen maßgebenden Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben auszuüben. In den Rand der Denkschrift schrieb dann der Unterstaatssekretär in der Reichskasse, Albert, das folgende:

Dieser Mann ist nach den Schriftstücken ein Jodel, nach meiner Kenntnis und Information hat er nicht das erforderliche Ausmaß. Vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparates. Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden. Die Kandidatur wird auch zu heiß betrieben.

Bisher hatten wir geglaubt, der Katholizismus sei eine Religion. Daß es auch eine katholische Ernährungspolitik gibt, wußten wir nicht. Darf man nun den Katholizismus für die Hermetisierung verantwortlich machen? Oder sehen die Verfasser der Denkschrift ein, welchen Unfug sie anrichteten, indem sie in die Ernährungsfrage widersinnigweise konfessionelle Gesichtspunkte hineintrugen?

Die hohen Kartoffelpreise.

In der deutschnationalen Presse versucht man fortgesetzt die Bevölkerung bei ihren Klagen über die zu hohen Kartoffelpreise damit iresuzuführen, daß man behauptet, der sozialdemokratische Minister Schmidt habe die Preise festgesetzt.

Der Sachverhalt ist folgender: Es sind unter dem Ministerium Schmidt die Kartoffelpreise auf 25 M. pro Zentner für den Erzeuger festgesetzt, und zwar mit Zustimmung sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen. Die Berechnung der Produktionskosten ergab, daß die Preisfestsetzung etwas über der zulässigen Obergrenze lag, die aber deshalb überschritten wurde, um einen Anreiz für

die Ausdehnung des Anbaues zu geben. Dieser Zweck ist erreicht, der Anbau ist zugenommen. Im Frühjahr ist dann vom Deutschen Städteitag beantragt, den Preis auf 31,75 M. zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung hatte das Ministerium Schmidt nichts mehr zu tun, da bereits Hermes das Ministerium übernommen hatte.

Zunächst hatte der Höchstpreis bei der Freigabe der Kartoffeln überhaupt keine Wirksamkeit mehr, die Preisbildung war vollkommen frei; und wenn dem Herren vom Bund der Landwirte und den Verbänden der Bauern die Preise zu hoch waren, so konnte sie in ihrer Menschenfreundlichkeit, die Kartoffeln billiger zu verkaufen niemand hindern.

Für Vollständigkeit des Sachverhalts muß aber hervorgehoben werden, daß, als der landwirtschaftliche Ausschuß im Reichstag die Freigabe der Kartoffeln beabsichtigte, Schmidt beantragte, daß die Mengen, die die Reichsstoffstelle noch einzukaufen habe, auch unter dem Preis von 25 M. abgeschlossen werden können. Die Reichsstelle war nämlich bei der neuen Verordnung noch ausdrücklich durch das Ministerium Hermes an die Vertragspreise von 25 bzw. 31,75 M. gebunden. Was geschah nun? Zunächst erklärten die Vertreter vom Bund der Landwirte, daß die Preise den Produktionskosten gegenwärtig entsprächen. Schließlich stimmten die Vertreter aller bürgerlichen Parteien gegen den sozialdemokratischen Antrag, um die hohen Preise zu halten. Es sollte der große Einkauf der Reichsstelle dazu benutzt werden, um ein Herabgehen der Preise zu verhindern, der bei einer guten Ernte in Aussicht stand.

Es hat also nicht ein sozialdemokratischer Minister die hohen Preise festgesetzt, sondern es ist das Bemühen von seiner Seite, die Preise zu erniedrigen, an der Unersättlichkeit des agrarischen Begehrens gescheitert, und die Vertreter des Zentrums und der Demokraten, die erst das Bemühen der Sozialdemokraten unterkühlten, stießen in zweiter Lesung der Vorlage tapfer zu dem Bund der Landwirte. Daß jetzt trotz dieses Tatbestandes behauptet wird, der sozialdemokratische Minister trage die Schuld an den hohen Kartoffelpreisen, kann bei der notorischen Verlogenheit der deutschnationalen Presse nicht wundernehmen.

Also sprach Gehler. . . .

In einer Rede über die politische Lage, die der Reichswehrminister Gehler am Sonntag in Magdeburg hielt, nahm er einen Bericht des „Salzburger“ zufolge auf einen Antrag auch zu der bayerischen Organisation des Landeshauptmanns Gehler Stellung und erklärte, daß Gehler in Bayern wohl in der Lage sei, die Ordnung zu sichern. Es dürfe nicht alles „aus dem Horizont der großen Städte“ betrachtet werden. Obwohl man von Herrn Gehler nachgerade nichts anderes gemöhnt ist, muß man sich doch immer erneut über das Verhalten dieses Mannes wundern, der zum Schutze der Deutschen Republik beisteht. Ist Herr Gehler wirklich der Ansicht, daß die Organisation Gehler auf dem Lande die „heilige Ordnung“, die „Friedensreich“, aufrechtzuerhalten imstande ist? Sticht er nicht, daß sie in den Städten höchlich defizient (vgl. das Attentat auf Dr. Girschfeld) trotz vorzüglicher Warnung der Behörden) und daß sie im entscheidenden Augenblick auf dem Lande genau so verfallen würde, wenn auch vielleicht nicht im Sinne der Gegenrevolution. Daß Herr Gehler sich für die freie Wirtschaft und gegen die Sozialisierung ausgesprochen, wird bei diesem Manne, der nicht einmal das nötige Verständnis zur Verwaltung seines eigenen Ministeriums aufbringt, nicht sonderlich überraschen.

Bis zum letzten Blutstropfen.

Wie wir gestern abend mitgeteilt haben, wurde die Redaktion des unabhängigen halbeschen „Volksblattes“ gewaltsam von Neukommunisten besetzt und zum Nachfolger Hennigs der linksunabhängige Dr. Victor Stein bestimmt. Ueber diesen Kämpfer der proletarischen Diktatur weiß die „Freiheit“ folgende hübsche Einzelheiten mitzuteilen:

Er gehört zu jenen Neukommunisten, die während ihrer kurzen Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung einen großen Mangel an Verantwortungsgesühl an den Tag gelegt haben. Stein, der bis zum Kapp-Putsch

Programmes Glück und Ende.

Konzertumschau.

Wo das Programm zu einem Musikwerk anfängt, hört die ungeschwehene Seele, welche musikalische Dinge auf. Literatur und Sinfonie bescheiden sich, zwischen Töne und gedankliche Vorgliederung schließt sich Vergleich, Mißverständnis, Auslegerwillkür ein. Schildernde, programmativische Musik wird erst Kunst, wenn in der Tonwelt und in der Konstruktion des Werks das Programm vergessen werden kann. Alles andere ist Sonntagstreiterei auf dem Programm: das klingende Röh, die Musik, nicht den mit Wissen, Sach und Pädagogie befaßten, an der Wähne sich vergeblich selbstkommeierenden Komponisten rückwärts. Im Grabes noch suchte er seine Motive zusammen und hört nicht das erste Klängen und frohe Klängen des Instrumentes. Musik spottet der registrierenden Schreier, inneres Leben quillt nicht aus dem Nachzeichnen von Akzenten auf den fünf Notenzeilen, sondern nur aus der Verbeugung allgemeingültiger, wertvoller, zwingender Selenierungen. Laßt das „Programm“ des Disziplin „Orpheus“, des „Rings“, des Straußschen „Don Juan“ fort, und ihr behaltet ein selbstlicher, groß, aufrichtig wirkendes Kammerwerk. Streicht das Programm des „Don Quixotte“ und eine Grimasse bleibt zurück. Dieses Werk mit seinen zehn Variationen ist trotz der illustren Sekt und trotz der genialsten Bewegung, die geradezu körperlich klingt, innerlich unmöglich. Strauß hat sich hier seine starrsten Launen in den Wahnsinnswahn eines „Mittels von der traurigen Welt“ heranzugeschrieben, unmittelbar bevor er der tiefsten und geradesten Regung seines Künstlerblutes im „Heldenleben“, der Krone des Menschen und Sinfoniker Strauß, Ausdruck gab. Der Don Quixotte schwankt auch melodisch wackelnd zwischen Romberg und — Schönberg hin und her, die Apotheose eines alten besetzten Mannes, der an der äußeren Form seine Freude hat und sein wahres Gesicht maskenartig verstellt. Das außerordentlich schwierige Werk erfordert einen außerordentlichen Mangel an und einen todähnlichen Konter. Gustav Wrecher wurde an der Spitze der Philharmoniker den gefährlichen Spielereien dieser sinfonischen Fontäne technisch bis ins Kleinste gerecht; und er hat mit rühmlicher Eifensichtigkeit, dabei in Gelang schmelzend, die „Oberton“-Cantate in romantischer Frühlingstun. Im „Don Quixotte“ war ihm Alexander Prokofier, der Cellist, ein satistischer, berufener Helfer. Wrecher kommt vom Theater, und das Quixottische verrät Begehren nach der Bühne hin. Er wird im dramatischen, im Begreiflich sein Bestes leisten. Es ist gut, wenn die ausübenden Künstler das Spezifische ihrer Begabung rechtzeitig erkennen und ausbilden, der tollendete Spezialist ist dankbarer zu begrüßen, als der halbwegsgeratene Alleskönner.

Wenn Paul Scheinplag, der jetzt nach Duisburg geht, nicht immer als ein feiner untrügender Meisterkopf imponierte, so kam das daher, daß er sich im Großbetrieb, an der Spitze eines aufstrebenden Orchesters, zu vielseitig betätigen und bewähren mußte. Die gewöhnliche Arbeit wird viel latente Kraft in ihm fühlbar machen. Eine seiner besten Leistungen bleibt die Direktion der IX. Sinfonie. Da ist neben aller selbstverständlichen Präzision Wärme, überfließende Hingabe, Versinken in das Kleine und zusammenfassendes Erfassen im Großen. Vor allem die ersten beiden Sätze lassen den routinieren Dirigenten vergessen und lehren einen im Augenblick Neuschaffenden erkennen. Nur die Liebe, mit der Rhythmus und Weingarten den himmlischen Adagiolegung umarmen und von der profanen Verführung mit der Menschenecke fernhalten, läßt in diesem Satz keinen Vergleich aufkommen.

Ähnliche Erinnerungen lassen auf der Interpretation des Langsam, in Frage und Antwort erbebenden Teils im Besonderen Holmboer. Lambrino, der süßesten und reinsten Musiker einer, träumt und auch mit der erhablichsten Weisheit nicht in das Reich der Phantasie hinein, etwas Irdisches haftet seinem Ton an. Allen Respekt aber vor der Sicherheit, der gedanklichen Festigkeit und der wohlwollenden Kraft, mit der er die Fäden meistert. Da bleibt kein Wunsch unerfüllt. Welche Lust hören wir dies Konzert der Konzerte bald einmal von Habemann, dem neuen Meistergeiger der Hochschule. Er wäre ja berufen, Joachim's unerreichte Tradition fortzuführen. Ein großer, auffallend tragischer Ton, ein starker Strich, ein natürliches Staffage und eine delikate Bassharmonik zeichnen ihn aus. Dem Dvorak-Konzert, das die Philharmoniker äußerst ungenügend begleiten, bleibt er aber die Langsamkeit, die ihm die Augen geöffnet hat, den aus der rühmlichen Genauigkeit herausgehenden Liebermut schuldig, er, ein ganz und gar deutscher, tiefinnerlich doch temperierter Geigenmeister. Sein Kollege Burmeister hat eine noch ähtere rechte Geigenhand, vorbildlich für Tongebung und Staffage. Das sollte man von ihm lernen, nicht aber die Art, wie er Reforde zu schlagen versucht in Spieltechnik und Akrobatik. Die tun selbst dem 7. Sphalerkonzert weh. Das Orchester leidet dabei auch mit mathematischer Sicherheit, derselben Tugend, die das helle Frühlingssicht der Mozartschen G-moll-Sinfonie unter den Händen des kostbarsten Theatermenschen verbumfult.

Eigene und spezifische Programme sind die Sehnsucht der wirklichen Musikfreunde. Wunderbar, wie Edda Röhre-Gemeiner solche Sehnsucht erfüllt. Selbst mit ermatender Stimme hat sie im jenseitigen Vieh unendlich viel zu sagen, ihre Atemtechnik und ihre Nachbildungskraft lassen das Entgegen der Tonlage vergessen. Ihr Programm — „Das Kind in Lied und Ballade“ — zeigt einen bewundernswürdigen und kenntnisreichen Musiker an. Raab-Prockmann ist in der Vollkraft seines ohne Maße quellenden Basses; in der maßvollen Vermeidung Romantischer Balladen tritt er die Erbschaft Gurra an. Würde eine Vortragsfolge ganz nach der Art und dem Geist der Spielenden zusammengesetzt, so würde das garbeunumwundene Quartett der Gebrüder Post an Vertheimens op. 131 schon vorbeigehen. Die Herren sind ungleich nach Tempo und Gefühl, ungleich auch an Begabung; vor allem werden das

stumpfe Cello und die verbindliche Viola der Harmonie gefährlich; und was bei Bechens noch durchgeht, wird Sünde im Zusammenklang bei Hochborn.

Was Klang laut aus der Woche nach? Ein Reges-Mensch des kraftvolleren Walter Fischer; eine vorzügliche Aufführung von „Paradies und Peri“ unter Thilo; ein literarischer Vormitz, an dem von dem hochbegabten Kleten Edmund Schröder Geigen-Klavier-Duette und erste Weifen erklingen. Heinrich Michaelis voller Wärme Gedächte von Daffewitz sprach und von Laas ansprechend geigte. Damit wäre der zehnte Teil der Konzerte genannt. Und nun ist es endlich Zeit, andere, freudenvollere Töne anzuhören, um anderen künstlerischen Dingen einmal die Seele freizugeben in diesem unwahrscheinlichen aller Konzerte.

Kurt Singer.

Ein neues sozialwissenschaftliches Institut. Eine wissenschaftliche Stiftung wurde unlängst unter Zustimmung der preussischen Staatsregierung von Hermann Weil zu Frankfurt a. M. mit einem Grundkapital von zunächst 200 000 M. ins Leben gerufen. Nach ihren Statuten soll sie der Erforschung und Lehre auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft, insbesondere dem des Arbeiterrechts und der Arbeitsverfassung, dienen.

Bei Ludwig Hardt war am Sonntag der Anbruch so stark, daß es einige Mühe kostete, in den Bekleidungsraum zu gelangen. Sehr gut so. Gerade diesem Vortragssänger sei härtester Jurorid gewünscht. Denn bei ihm ist man sehr getraut, daß ein Wassereis nicht irgendwelche Ingegnisse an einen schlauen Wesen bewirken kann. Sein „Fröher Abend“ ist bewußt. Es geht die Rede, die parodistischen Porträts Berliner Schauspielergrößen, die er oft wiederholt oder wiederholen muß, empfinde er selber als eine Last. Mag sein. Aber sie tragen doch auch den Stempel seiner Künstlerkraft. Sie kommen aus dem Geiste seines Humors, und hier, wo der Boden voll besser Stoffe ist, wächst auch ihnen das folgende Leben.

Der Humor Hardts hat nichts mit irgendwelcher unwissenschaftlichen Spielerei gemein. Auch trode Abende sollen kein Gut an Zeit leer verzaun, sollen die Kraft des Lebens stark geben und aufstrebend mehrern. Was! deshalb bek Hardt sich am Sonntag den Auftakt des Abends von Heinrich Heine geben, und er stelle aus dem Wintermärchen die behende, wütend reizende Buchstabe an die Mikroskope voran. Etwas auch Genossenschaftlich hielt bestig auf seiner Rede. Der Ton blieb nachwiegend in harter Wildheit im Obere. Gemächten Kraft. Innerlich gesteigertes Schwung, Angriffslustigen. Doch das hing nicht nur mit dem Sinn des Gedächtes zusammen. Auch in anderen Heine-Gedichten machte sich geltend, sogar in „Bomare“, als wolle der Künstler die Blöße Heines gegen früher abhülswoll um einen Ton redelicher sich ausleben lassen. In anderer Art wirkte später dieser Ton bei den Inotriggtauchen Anekdoten Aktills: harte feste Schläge arbeiteten und dann plittierten die Sätze und fuhrten heraus, wie von schnellen Wellen losgehoben.

Man soll sich merken: für Hardt entscheidet über den Wert der Wiedergabe eines Dichtewerks, ob sie ein Drinnensein in dem

unser Effener Parteiblatt leitete, konnte später nicht nach dort zurückkehren, weil seine Haltung während der Kämpfe im Ruhrgebiet größte Erbitterung gegen ihn geschaffen hatte. Er hatte, als alle einsichtsvollen Genossen sahen, daß ein Weiterkämpfen gegen die sich in starker Uebermoder befindliche Reichswehr nur unnützes Blutvergießen verursachen würde, die Parole ausgegeben: Es gibt keinen Zurückkampf bis zum letzten Blutstropfen! Als aber dann die Reichswehr anrückte, zog er sich auf eine ruhmvollere Stellung zurück und überließ wie die altpreußischen Kriegstreiber die praktische Auswirkung seiner Parolen — den anderen.

Leider ist dieser Typus unter den Radikalen nicht mehr einzig vorkommend. Es ist ein höchst widerwärtiges und empörendes Schauspiel, dieselben Männer nach Blut und Gewalt schreien zu sehen, die auch die leiseste Maßnahme zur Verhütung des Chors seitens sozialdemokratischer Verwaltungsbeamten als unerhörte Brutalität und Vergewaltigung empfunden zu brandmarken suchen. Bekanntlich ist der Vagittismus bei den Linksradikalen in argem Mißstand. Herr Dr. Sterns Verhalten zugunsten seines eigenen, für die Arbeiterklasse so schmerzlichen Lebens ist doch sicher nur auf Vagittismus zurückzuführen — oder sollten die von der „Freiheit“ vermuteten Beweggründe doch die richtigen sein?

Es wird weiter befehrt.

Wie aus Hannover gemeldet wird, setzte sich der kommunistische Flügel der dortigen Unabhängigen gestern mit Gewalt in den Besitz der unabhängigen Genossenschaftsdrucker „Volkrecht“ und verhinderte die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung, die einen Aufruf Crispians und organisierte Mitteilungen der demokratischen Zeitung der gewöhnlichen Richtung enthielt.

Das ist die Umsetzung der von Moskau befohlenen Anwendung „legaler Mittel“, wie wir sie in der nächsten Zeit vermuthlich noch oft erleben werden.

Spaltung in Württemberg.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stuttgart: Die Unabhängigen teilen den Austritt der seitherigen Mitglieder aus der Landtagsfraktion mit. Damit ist die Spaltung der Partei auch in der württembergischen Verfassungsbildung vollzogen.

Ein neuer Kommunistenprozeß.

Wie schon mitgeteilt, hat heute der Prozeß gegen die des Rodes an dem Lokomotivführer Reichmuth angeklagten drei Kommunisten begonnen. In der Verhandlung sind, ähnlich wie bei dem kürzlich verhandelten Prozeß gegen die Weisenfester Kommunisten, umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden; nur Personen mit Vorladung erhalten Zutritt zu dem Gerichtsaal. Der Andrang zum Zuschauerraum ist ein ziemlich starker, so daß viele uninteressierter Zuschauer wieder umkehren mußten.

Wie bereits erwähnt, lautet die von Staatsanwaltschaftsrat Gexlach vertretene Anklage auf

gemeinschaftlichen Mord

und vorsätzliche Transportgefährdung mit Todeserfolg und richtet sich gegen 1. den Schneider Max Kornah, 2. den Tischler Georg Kallhoff, beide verteidigt von Rechtsanwalt Theodor Lieblich, und 3. den Maschinenarbeiter Franz Schilke, verteidigt von Rechtsanwalt Dr. Voehleim. In der Verhandlung sind neben 37 Zeugen noch der Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Lehmann, Rechtsrat Dr. Stoermer und als Sachverständiger der Gewerkschaftsleiter Max Barrella geladen.

In der heutigen Vernehmung der Angeklagten ergibt es sich, daß der Angeklagte Kornah in seinen bisherigen Vernehmungen vor der Kriminalpolizei vor dem Untersuchungsrichter stets seine erheblichen Vorwürfe bestritten hat. Er hat allein

14 Jahre hinter Gittern

zugebracht. Seine letzte Strafe hat er im Jahre 1915 verbüßt. — Die Angeklagten Kallhoff und Schilke sind unbekannt. — Der Angeklagte Kallhoff, der auf die Fragen des Vorsitzenden ausweichende oder vermeintliche Antworten gibt, beschäftigt auf Befragen des San.-Rats Dr. Lehmann, daß er zwei Jahre in Amerika in Kriegsgefangenschaft gewesen sei.

In seiner Vernehmung behauptet der Angeklagte Kornah, daß er an jenem Tage durch das Gerücht, die Soldaten und Sicher-

Werke verrät. Er will den Dichtungen Seele und Mutgang abgewinnen. Das führt seinen Abenden den feinsten Wechsel natürlicher Bewegung, der auch in diesen Stunden froher Dichtung war. Die Verbindung des Substanz mit dem Gütigen, der Weg von Heine, Villenron, Kleist zu Daudets „Leiden Alten“ oder Blebs „Stinkfontäne“ ergab einen weiten Horizont des Humors, der satirisch begann und durchwegs stark war, weil er immer menschliches Wesen urquellend aufgehen ließ. Und eben deshalb sucht man um so freudiger die Tatsache, daß das Publikum des Sonntags sich um den Jurist zu diesem Abend in blassen Scharen rief.

Das Märkische Wandertheater, das, wie berichtet, wegen eines zu erwartenden sehr hohen Neßbeitrags seine Tätigkeit einstellen mußte, wird nun doch eröffnet werden, dank des lebhaften Interesses, das von allen Seiten der Wanderbühne entgegengebracht wird. Das Staatstheater veranstaltete kürzlich eine Aufführung von „Maria Stuart“, in welcher Rosa Poppe gastierte; der Vertrag soll dem Märkischen Wandertheater überlassen werden. Intendant Lehner beabsichtigt, noch weitere Vorstellungen zugunsten der Märkischen Wanderbühne zu geben, um auf diese Weise einen Teil des Neßbeitrags zu decken. Die Leitung der Märkischen Wanderbühne wurde von der Gesellschaft für Volksbildung dem Schauspielers O. Waeber übertragen. Als erste Vorstellung gelangt Goethes „Faust“ zur Aufführung.

Stefan Zweig hat seinen ein Novellenreiches Buch über Rom in Italien und sein Werk vollendet. Es wird mit reichem, bisher unbekanntem Bildmaterial Anfang November bei der literarischen Anstalt Mann u. Loening in Frankfurt a. M. erscheinen.

Ernst Toller's neues Drama „Wasse Mensch“, ein Stück aus der letzten Revolution des 20. Jahrhunderts, ist vom Münchener Stadttheater zur Aufführung erworben worden. Man hofft, Toller, der sich noch in Haft befindet, werde für die Aufführung Mitte November beurlaubt werden.

Theater. Das „Neue Central-Theater“ wird fortan Theater in der Kommandantenstraße begeben.

Am Veerhoven-Konzert des Berliner Lehrervereins am 21. Oktober wird Julius Edgar Schmal den Vederreis „An die ferne Geliebte“ singen und Veilchengedichte von Ernst Thamer vortragen.

Die Sing-Akademie veranstaltet zu ihrem I. Abonnement-Konzert eine Vortragsführung am 21. Oktober, ebenfalls, in der Alten Kammerkirche. Der Chor wird zum erstenmal a cappella singen und zwei große Solisten von R. E. Bach zu Gehör bringen. Weiter kommen kleinere Werke von Bach, Haydn und Beethoven zur Aufführung.

Edith Wagner spricht an ihrem 2. Vortragabend am 20. d. Mts. im Weiserhaus u. a. auch Dichtungen des bekannten Kulturdenkers Joseph Pöppel-Lysek.

Waldolf Blumner, der bekannte expressionistische Vortragskünstler, tritt am 20. Oktober 7½ Uhr, in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Postdamer Str. 134a, die bedeutendsten expressionistischen Dichtungen vor. (100. Sturmband.)

Heber die schöne deutsche Stadt wird im wissenschaftlichen Theater der Urania Prof. Franz Goerke morgen abend 8 Uhr sprechen. In der Hand leuchtiger Lichtbilder wird er die malerischen Städte unserer Heimat durchwandern.

heitsbeamten schossen in die Menge hinein und es seien schon mehrere Frauen und Kinder getötet worden, furchtbar erregt worden sei. Er selbst habe in der Wiegener Straße eine solche Schießerei miterlebt und deshalb habe er aus seiner Laube sein dort verstecktes Gewehr geholt, um den Kampf gegen die „Napp-Deute“ aufzunehmen. Ein Mann sei an ihn herangetreten und habe ihm gesagt, wenn er nicht bis zum Abend irgendeine Tat begehe, Schienen aufreibe oder ähnliches, werde er, Kornah, mit seiner Familie „aufhängen“. In der Kammerrstraße hätten sich ihm etwa 10 Leute angeschlossen, von denen erzählt wurde, daß die Eisenbahner mit den Napp-Deuten unter einer Decke hielten. Um noch mehr Leute zusammenzubekommen, habe er dann auf der Millionenbrücke

drei Alarm-Schüsse

abgegeben. Als eine einzelne Lokomotive die Brücke unterquert, habe er auf eine Entfernung von 400 Metern zwei Schüsse auf die Maschine abgegeben, um die Eisenbahnbeamten zu warnen und zur Einstellung des Dienstes zu zwingen. Als dann der von Reichmuth geführte Ringbohrer kam, habe er, um den Lokomotivführer zu schrecken, einen Schuß abgegeben, aber in den Sand gezielt. Auf eine Frage des Vorsitzenden, woher er, der als alter Ruchhäusler nie die Gelegenheit gehabt habe mit einem Militär-Gewehr zu hantieren, die nötige Fertigkeit im Schießen mit einer Militärwaffe habe, erklärt Kornah, daß er in seiner Laubenkolonie als

Nachtwache gegen Einbrecher

mit einem Gewehr ausgebildet worden sei. Als er später hörte, daß Reichmuth getötet worden sei, habe er sich das Leben nehmen wollen, seine Frau habe ihm abgeraten. Er sei deshalb nach Neufeld geflüchtet und habe dort von einem Genossen gehört, daß seine Frau verhaftet worden sei. Deshalb habe er sich freiwillig stellen wollen, und als er auf der Reise nach Berlin in Hannover anstieg, um sich zu erfrischen, sei er erkannt und verhaftet worden.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden, ob er an jenem Tage geküchelt habe „Deute muß noch etwas fliehen“, bejahte er die Angeklagte dies. Dagegen gibt er zu, daß er geküchelt habe, „wenn nicht ein Wunder geschieht, bin ich meinen Kopf los!“

Groß-Berlin

Das Wohnlaubenproblem.

Sitzung der alten Berliner Stadterordnetenversammlung.

Die Vertretung der bisherigen Stadtgemeinde Berlin hält heute vormittag von 10 Uhr ab im Ritzparal des Rathauses unter Vorsitz des Vorsitzers Dr. Wehl eine Sitzung ab. Die Frequenz ist zu Anfang der Verhandlung nur sehr mäßig. Der Saal ist nicht geheizt, die Temperatur sehr niedrig. Den Hauptgegenstand der umfangreichen Tagesordnung bildet die Beratung und Beschlußfassung über die Magistratsvorlagen wegen Erbauung und Bezugnahme von Wohnlauben und wegen Abschlußes von Pachtverträgen über Laubländerien. Der dafür eingesetzte Ausschuss, für den Goltfried Schulz (U. Soz.) referiert, hat in drei Sitzungen noch gründlicher Erörterung die Magistratsvorläge insoweit umgestaltet, als die Errichtung von 200 massiven Wohnhäusern, nicht Wohnlauben, in der Jungfernstube durch die Stadtgemeinde Berlin selbst unter Verwendung des Baugelbes von 3.400.000 Mk. des Wohnungsverbandes Groß-Berlin erfolgen soll; der von der Stadt am 30. September dafür bewilligte Betrag soll von 2 auf 3½ Millionen erhöht werden. Pachtverträge soll der Magistrat bis zur Dauer von sechs Jahren abschließen können. Mit der Bewilligung von 3 Millionen zur Bezugnahme des Aufbaues von Wohnlauben hat der Ausschuss sich einverstanden erklärt. Nach einem weiteren der einstimmig angenommenen Ausschussanträge sollen die Wohnhäuser massiv als Doppelhäuser nach dem von der Bauverwaltung der Güter vorgelegten Projekte ganz aus Schiefersteinen ausgeführt werden.

In der Diskussion vertrat Pfeiffer (Soz.) den Standpunkt, daß die Hochbauverwaltung der Güter auch direkt mit der Bauausführung beauftragt werden soll, da sich alle Hilfe notiere und man auf diesem Wege den Bau bis April 1921 zu Ende bringen könne. Die Demokraten wollten die Häuser zur Hälfte nach den Zeichnungen und Entwürfen der Hochbauverwaltung und der Güterverwaltung errichtet wissen. Beide Anträge bleiben in der Minderheit; die Ausschussvorläge finden schließlich eine große Mehrheit.

Die Vorlage wegen Ausführung baulicher Einrichtungen im Rathaus zur Unterbringung der Stadterordnetenversammlung der neuen Stadtgemeinde Berlin wird von Ullrich (U. Soz.) beantragt, weil für ganz geringe Hantierungen unerschwinglich hohe Sätze in Ansatz gebracht seien. — Die Vorlage wird abgelehnt. Es kommt dabei zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Stadterordneten Dr. Ritter (Dem.). Bei Schluß des Blattes geht die Sitzung weiter.

Verbrecherjagd in der Invalidenstrasse.

Nach einer aufregenden Jagd wurde ein gewerkschaftlicher Einbrecher ergriffen, den die Kriminalpolizei schon seit drei Jahren vergeblich suchte. Die großen Juweleneinbrüche der letzten Zeit veranlaßten die Streifenabteilung der Kriminalpolizei unter der Leitung des Kriminalkommissars Wernburg, die Laden-Geschäfte nach gestohlenen Juwelen zu durchsuchen. Bei einem solchen Besuch ließ ein Wadmeister in der Invalidenstrasse auf einen Mann, der gerade dabei war, Schmuckstücke aller Art von einem Juwelier abzuhängen zu lassen. Als der Mann den Beamten, den er von früher her wohl kennen mochte, eintreten sah, ließ er seinen ganzen Schatz auf dem Boden liegen und ergriff die Flucht. Der Beamte verfolgte ihn die Invalidenstrasse hinunter und forderte ihn dringlich auf, stehen zu bleiben. Ein Schreckschuss in die Luft blieb erfolglos. So entkam der Flüchtige zunächst. Nachdem der Beamte das Publikum über den Hergegangenen unterrichtet hatte, schlossen sich ihm außer mehreren Mitgliedern der Sicherheitspolizei auch andere Leute an, um die Gegend abzusuchen. So gelang es nach einer Stunde doch noch, ihn zu fassen. Als er merkte, daß man ihn erkannte, entfloß er von neuem, wurde aber in einer Schankwirtschaft in der Ruffenstrasse gefasst und nach heftigem Widerstand über der Ruffenstrasse gestellt und festgenommen. Der Ermittlungsdienst der Kriminalpolizei entsandte ihn als einen Georg Loose, der wegen Einbruchs seit drei Jahren hantierlich gesucht wurde und sich zuletzt in einem Unterhofs in der Gortenstrasse verborgen hielt. In seiner Vernehmung fand man noch weitere Schmuckstücke und Papiere, die ebenso wie die Juwelen aus dem Einbruch bei dem Freiberger v. Trübschler stammen.

Religion und Antisemitismus.

Der Verband Groß-Berliner Ortsgruppen des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte Montag eine Versammlung einberufen, um vom Standpunkt der Religion aus die Frage des Antisemitismus durch Geisteskräfte der drei Hauptkonfessionen beleuchten zu lassen. Obwohl Zutritt nur gegen Karten zu erlangen war, kam es schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung im Oberlichtsaal der Philharmonie zu unerträglicher Ueberfüllung, so daß im Saal der Gesellschaft der Freunde eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Ueber „Wir Geisteskräfte und der Antisemitismus“ sprachen in beiden Versammlungen dieselben

Redner, zwei Geisteskräfte der evangelischen Kirche und von jüdischer Seite ein Rabbiner. (Der katholische Redner war verhindert; in einer geplanten neuen Versammlung will auch die katholische Geistesfreiheit ihren Standpunkt darlegen.)

In der Philharmonie führte als Vertreter der Evangelischen Kirche der Pfarrer Dr. G. Dietrich aus, daß der Antisemitismus nicht als Abwehrbewegung gelten könne, wenn auch einzelne Juden gegenüber Nichtjuden sich zu tauflosen Anzweiflungen hinziehen lassen. Die hinter dem Zentralverein stehenden 800.000 Juden belassen sich als Deutsche (Zustimmung), und ein wahrer Bekenner der jüdischen Religion werde Andersgläubige niemals um ihrer Religion willen angreifen. (Beifall.) Als Angriffsbewegung sei der Antisemitismus zu verwerfen aus Logik wegen seiner Verallgemeinerungen von Hebern der Juden, aus Moral wegen seines Pharisäertums, schließlich aus Religion, weil im Judentum zuerst Religion und Sittlichkeit zur Einheit verbunden und damit die Grundlage aller Kultur geschaffen worden sei. (Lebhafte Beifall.) Noch mehr war die Rede des Rabbiners Dr. Baed auf den religiösen Ton gestimmt. Einleitend betonte er, daß der Antisemitismus nicht beruhe, in den jüdischen Geist einzubringen und das Martyrium des Judentums zu verstehen. Unsere Gegner sind, sagte er, die Kreise der Märtyrerlosen, die — wie der Zusammenbruch gezeigt hat — mit dem Wunde die Kreuze geloben, aber sie nicht mit der Tat beweisen. Von einer Ausbreitung der Religiosität erwartet er Ueberwindung des jenseitigen Antisemitismus. Dieser hindere auch das deutsche Volk nach dem Zusammenbruch an der Einkehr, weil er die Juden als Sündenbock hinstelle. Wenn das Judentum Einkehr hält, werde es den Antisemitismus überdauern. (Starker Beifall.) Der dritte Redner, der evangelische Pfarrer Wittlinger, freiste sehr stark das Gebiet der Politik. Als Staatsbürger müsse er den Antisemitismus verwerfen. Der Ruf „Schlagt die Juden tot!“ erinnere an die anderen Rufe „Schlagt die Kapitalisten tot!“ und „Schlagt die Kirche tot!“ Als Christ dürfe er niemand hassen, auch nicht die Juden. Ihre Fehler seien aus der geschichtlichen Entwicklung zu erklären, aber daneben solle man ihre Vorzüge nicht übersehen. Er schloß mit der Mahnung, daß „alle miteinander ausharren in dieser schweren Zeit.“ (Starker Beifall.)

Erst zu später Stunde setzte die Diskussion ein, es konnte aber nur noch ein Redner sprechen. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt.

Ein Privathafen im Norden Berlins. Die Schlesische Dampfer-Compagnie Berliner Lloyd-Aktiengesellschaft ist mit dem Plan eines Privathafens auf dem südlichen Gelände der ehemaligen Gasanstalt an der Sellenstraße, abseits vom Nordhafen, an den Berliner Magistrat herangetreten. Die Hafen- und die Tiefbaudeputation haben sich dagegen ausgesprochen, die Genehmigung hierzu zu erteilen, erstens aus der Befürchtung starken Wettbewerb für den im Bau befindlichen neuen Westhafen, der die Aufwendung großer Kosten erfordert und daher eines besonders regen Verkehrs bedürfen wird, sodann in der grundsätzlichen Absicht, alle Hafenanlagen und sonstigen Ladestellen an den Wasserstraßen Groß-Berlins, auch die fiskalischen, in eine Hand unter kommunaler Bewirtschaftung durch die neue Einheitsgemeinde zusammenzufassen. — Die Berliner Handelskammer hat sich auf Ersuchen des Magistrats zu dieser Frage gütlich geäußert und die Erteilung der Genehmigung warm befürwortet. Unter den heutigen Verhältnissen müsse jede Abhilfe der Berliner Gasanstalt begründet werden. Der südliche Westhafen habe auch nach seiner noch nicht nahe bevorstehenden Fertigstellung einen Wettbewerb von der Privatanlage nicht zu befürchten. Hier handle es sich um Stadtgutverehr, während der Westhafen ganz überwiegend dem Massenverkehr dienen werde.

Eine Sammelhistorische Ausstellung der Stadt Schöneberg wird im Schöneberger Neuen Rathaus am Mittwoch, den 20. Oktober, nachmittags 5 Uhr, eröffnet. Der leitende Gedanke dieser Veranstaltung ist in dem Augenblicke, da Schöneberg in die Neue Groß-Berliner Einheitsgemeinde übergeht und somit als selbständiges Gemeinwesen aufhört zu bestehen, den Blick noch einmal auf das Werden und Wachsen dieser Stadt Berlin zurückzuführen. In langer Arbeit hat die Schöneberger Kunstdeputation aus verstreuten Quellen ein reiches Bildmaterial hervorgezogen, alle Gemälde und Stiche, die bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurückgehen, Urkunden, Theaterzettel und andere Dokumente aller Art, dann malerische Studien und Photographien aus späterer Zeit, die verglichen mit dem heutigen Zustande, die erstaunliche Verwandlung Schönebergs seit 1870 zeigen. Die Ausstellung, die von Donnerstag, den 21. Oktober, ab dem Publikum zugänglich ist, wird bis zum 26. November geöffnet bleiben.

Keine polnischen Auffrischen. Die polnische Postverwaltung hat die vor einiger Zeit an ihre Postanstalten erlassene Anweisung, alle vom Ausland, also auch von Deutschland einkehrenden Postsendungen, bei denen Verschimmung und Strafe nicht polnisch angegeben waren, als unbestimmbar zu behandeln, rückgängig gemacht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 19. Oktober.

Schöneberg. 7½ Uhr öffentliche Volkerversammlung in der Schulaula der Hohensteinschule. Tagesordnung: Woklan und mlr. Referent: Dr. Westrich. Zahlreiches Erscheinen erblüht der Vorstand.

Morgen, 20. Oktober.

13. u. 16. Mts. Frauenabend 7½ Uhr bei Groß, Demitgdocher Straße 16. Rez. Genosse Puls: „Wiltelm Dult.“
Westend. Frauenabend 7½ Uhr Marzahn Str. 31. Referent: Genosse Müller: Bericht über den Frauenabend in Rast.
Westend. Jüdischer 8 Uhr in allen Bezirkslokale. Die Bezirkslokale sind: Feder, Lindenstr. 20; Nimmisch, Alte Luisenstraße, Ecke Vennestraße; Bennet, Elisabethstraße; Zwergner, Alte Kömigsstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Zamiriter-Kolonne. Kaiserliche Generalsversammlung am Mittwoch nicht in der Ruffenstrasse, sondern 1. Gemeindegasse, Köpenicker Platz 12. — Abteilung Schöneberg-Friedenau. Jubiläum in der 8. Schule, Rubensstraße, beginnt erst Donnerstag, den 21. Oktober.

Aus aller Welt.

Großfeuer in einer Hamburger Werft. Western nachmittags gegen 5 Uhr entstand in einem großen Lagerstuppen der Werft von Blohm u. Bohn in Hamburg ein Großfeuer, das sich in ganz kurzer Zeit über den etwa 140 Meter langen Schuppen ausbreitete. Der Schuppen diente zur Aufbewahrung von Mobiliar für Schiffe. Durch den Brand waren die anliegenden Gebäude sehr gefährdet. Ein benachbarter großer fahrbarer Kran wurde durch die Hitze unbrauchbar. Der Brandschaden ist beträchtlich.

Großfeuer in Horn bei Detmold. In Horn bei Detmold brach gestern abend 10 Uhr in den Lippischen Werkstätten L.G., Möbel- und Waggonfabrik, ein Großfeuer aus, das innerhalb von wenigen Stunden fast die gesamten Anlagen vernichtete. Den an der Brandstätte tätigen Wehrten gelang es nur mit Mühe, das Uebergreifen des Feuers auf die umliegenden Häuserblöcke zu verhindern. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Als Ursache wird ein Maschinendefekt angesehen.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den Gemann Rinke von Jell zum Tode, der in Todmoos des Gewerkschaftsleiterpaar Albertine und Johanna Simon betäubt und ermordet hat.

